

Protokoll

über die ordentliche öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Varel am Mittwoch, 19.06.2013,
19:00 Uhr, im Rathaus I, großer Sitzungssaal, Windallee 4, 26316 Varel/Gaststätte "Tivoli",
Windallee 21, 26313 Varel.

Anwesend:

Ratsvorsitzende:	Hannelore Schneider
1. stellv. Ratsvorsitzender:	Jürgen Rathkamp
2. stellv. Ratsvorsitzende:	Elke Vollmer
Bürgermeister:	Gerd-Christian Wagner
stellv. Bürgermeister:	Iko Chmielewski
	Peter Nieraad
	Raimund Recksiedler
Ratsmitglieder:	Sascha Biebricher
	Rudolf Böcker
	Heinz Peter Boyken
	Dirk Brumund
	Jürgen Bruns
	Hergen Eilers
	Dr. Susanne Engstler
	Karl-Heinz Funke
	Christoph Hinz
	Jörn Kickler
	Bernd Köhler
	Lars Kühne
	Walter Langer (ab TOP 3, ab 20:30 Uhr im Tivoli)
	Abbes Mahouachi
	Djure Meinen
	Alfred Müller
	Cornelia Papen
	Georg Ralle
	Bernd Redeker
	Sebastian Schmidt
	Ingrid Schuster
	Steffen Schwärmer
	Dr. Marko Alexander Seelig
	Maren-Susan Toepler
	Jörg Weden
	Dorothea Weikert
von der Verwaltung:	Olaf Freitag
	Marion Groß
	Rolf Heeren
	Dirk Heise
	Meike Knop
	Jörg Kreikenbohm
	Rainer Rädicker
	Johann Taddigs

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit des Rates**
 Verlegung des Sitzungsortes; Antrag der Fraktion MMW
 Vertagung der Sitzung; Antrag der Fraktion ZUKUNFT VAREL
 Verlegung der Sitzung ins Tivoli; Antrag der SPD/CDU/FDP-Gruppe
 Eröffnung der Sitzung im Tivoli
- 2 Feststellung der Tagesordnung**
- 3 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 24.04.2013**
- 4 Einwohnerfragestunde**
- 5 Berichte und Anträge der Ausschüsse**
- 5.1 Verwaltungsausschuss vom 25.04.2013**
 Kein Tagesordnungspunkt
- 5.2 Verwaltungsausschuss vom 16.05.2013**
- 5.2.1 Ausschuss für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 06.05.2013**
- 5.2.1.1 Widmung von Straßen; Einmündung von der B 437 zum Parkplatz Famila
- 5.3 Verwaltungsausschuss vom 06.06.2013**
- 5.3.1 Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport vom 13.05.2013**
- 5.3.1.1 Satzung über die Festlegung der Schulbezirke der Grundschulen der Stadt Varel
- 5.3.2 Ausschuss für Jugend, Familien und Soziales vom 14.05.2013**
- 5.3.2.1 Abschluss eines Vertrages über die Zahlung von Betriebskostenzuschüssen für den Katholischen Kindergarten in Varel
- 5.3.2.2 Durchführung der Aufgaben nach dem Betreuungsgeldgesetz
- 5.3.2.3 Neubesetzung des Präventionsrates
- 5.3.3 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 28.05.2013**
- 5.3.3.1 Aufstellung von Kunstwerken im Bereich zwischen der Schützenwiese und der Innenstadt
- 5.3.3.2 Bebauungsplan Nr. 164, 1. Änderung (Gewerbe- und Logistik Port) sowie 19. Änderung des Flächennutzungsplanes - Abwägung und Satzungsbeschluss
- 5.4 Verwaltungsausschuss vom 13.06.2013**
- 5.4.1 Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast vom 06.06.2013**
- 5.4.1.1 Feststellung des Jahresabschlusses des Eigenbetriebes Kurverwaltung Dangast für das Wirtschaftsjahr 2011
- 5.4.1.2 Feststellung des Jahresabschlusses des Eigenbetriebes Kurverwaltung Dangast für das Wirtschaftsjahr 2012

- 5.4.1.3 Antrag des Kurvereins Dangast zur Erstellung eines Leitbildes für das Nordseebad Dangast
- 5.4.1.4 Entwicklung des Nordseebades Dangast
- 6 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 7 Anträge und Anfragen**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit des Rates

Ratsvorsitzende Schneider eröffnet um 19.00 Uhr die ordentliche öffentliche Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Rates fest. Sie begrüßt die Ratsmitglieder, die Vertreter der Presse und eine große Anzahl Vareler Bürgerinnen und Bürger.

Sie stellt fest, dass Ratsherr Langer später kommen wird.

Verlegung des Sitzungsortes; Antrag der Fraktion MMW

Stellv. Bürgermeister Chmielewski beantragt die Verlegung der Sitzung in das Tivoli, weil im Sitzungssaal für die Öffentlichkeit nicht ausreichend Platz vorhanden sei.

Die Fraktion ZUKUNFT VAREL schließt sich dem Antrag der Fraktion MMW an. Ratsherr Funke weist darauf hin, dass es nicht das erste Mal wäre, dass der Rat der Stadt Varel während einer Sitzung den Sitzungsort verlegt. Die gegenwärtige Situation erfordert eine Verlegung.

Beschluss:

Die Sitzung wird sofort in das Tivoli verlegt.

Mehrheitlicher Beschluss dagegen

Ja: 13 Nein: 19

Vertagung der Sitzung; Antrag der Fraktion ZUKUNFT VAREL

Aus Sicht der Fraktion ZUKUNFT VAREL ist in dieser Atmosphäre keine ordnungsgemäße Beratung der Angelegenheiten möglich, da der Ratssaal vollkommen überfüllt ist und die Bürger lautstark ihren Unmut äußern. Ratsherr Funke beantragt die Vertagung der Sitzung um eine Woche, um dann in einem anderen

Raum ordnungsgemäß beraten zu können. Die Situation ist aus Sicht des Ratscherrn Funke selbstverschuldet, da es abgelehnt wurde im Tivoli zu tagen. Eine Vertagung um eine Woche wäre in der Sache nicht schädlich.

Auf Antrag des Ratsherrn Eilers wird die Sitzung um 10 Minuten zur Beratung unterbrochen.

Anschließend teilt Ratsvorsitzende Schneider mit, dass die Mehrheitsgruppe vorschlägt die Sitzung ins Tivoli zu verlegen. Das Tivoli wird derzeit hergerichtet. Da durch die Verwaltung einige Vorbereitungen getroffen werden müssen, kann die Sitzung dort um 20.30 Uhr fortgesetzt werden.

Ratsherr Funke plädiert dafür, die Sitzung nicht heute Abend, sondern in einer Woche im Tivoli fortzusetzen. Er bittet um Abstimmung über seinen Antrag.

Beschluss:

Die Ratsitzung wird um eine Woche verschoben.

Mehrheitlicher Beschluss dagegen

Ja: 12 Nein: 19 Enthaltungen: 1

Verlegung der Sitzung ins Tivoli; Antrag der SPD/CDU/FDP-Gruppe

Ratsherr Eilers erläutert, dass die Mehrheitsgruppe sich in ihrer Beratung dahingehend ausgesprochen hat, die Sitzung jetzt doch ins Tivoli zu verlegen. Der volle Saal und insbesondere die aufgeheizte Stimmung der Bürger bieten keine günstige Situation für eine weitere Beratung. Sie sind daher bereit die Sitzung im Tivoli fortzuführen. Es wäre möglich, die Sitzung um 20.30 Uhr im Tivoli fortzusetzen. Er bedauert, dass im Vorfeld durch die Mehrheitsgruppe der Antrag die Sitzung in das Tivoli zu verlegen abgelehnt wurde und sieht jetzt ein, dass dieses eine falsche Entscheidung war. Ratsherr Eilers bittet die Bürger sich im Laufe der weiteren Ratsitzung ruhig zu verhalten, damit eine ordnungsgemäße Beratung möglich ist. Er plädiert auf gegenseitige Fairness und Respekt.

Die SPD/CDU/FDP-Gruppe beantragt eine Unterbrechung der Sitzung und diese um 20.30 Uhr im Tivoli fortzusetzen.

Beschluss:

Die Sitzung wird unterbrochen und um 20.30 Uhr im Tivoli fortgesetzt.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 20 Nein: 12

Da dem Antrag zugestimmt wurde, unterbricht Ratsvorsitzende Schneider die Sitzung um 19:25 Uhr. Die Sitzung wird um 20.30 Uhr im Tivoli fortgesetzt.

Eröffnung der Sitzung im Tivoli

Ratsvorsitzende Schneider führt die Sitzung im Tivoli um 20.30 Uhr weiter. Es wird in der Tagesordnung fortgefahren.

Stellv. Bürgermeister Chmielewski äußert rechtliche Bedenken hinsichtlich der Verlegung der Sitzung ins Tivoli. Der Antrag der Fraktion MMW auf Verlegung wurde in einer ersten Abstimmung mehrheitlich abgelehnt. Dem gleichlautenden Antrag der Mehrheitsgruppe wurde dann in einer weiteren Abstimmung entsprochen. Er bittet um Prüfung, ob es zulässig ist, nach Ablehnung eines Antrages, diesen nach so kurzer Zeit wieder zu behandeln. Bevor er die Kommunalaufsicht in dieser Angelegenheit bemüht, bittet er um Stellungnahme durch den Bürgermeister.

Ratsherr Funke schließt sich dieser Fragestellung an. Er weist darauf hin, dass in der Geschäftsordnung für Anträge geregelt ist, dass diese erst nach einer bestimmten Frist mit gleichem Inhalt wiederholt behandelt werden dürfen. Dieses gilt aus seiner Sicht für die gestellten Anträge analog. Eine erneute Beschlussfassung wäre daher erst nach dieser Frist zulässig und das jetzige Verfahren daher rechtswidrig. Ergänzend stellt er die Frage, ob es rechtens ist, die Verlegung des Tagungsortes mehrheitlich zu beschließen. Früher wurden derartige Beschlüsse immer einvernehmlich und einstimmig beschlossen. Dieses ist in der Geschäftsordnung nicht geregelt, es kann daher aus seiner Sicht nur einvernehmlich erfolgen. Insgesamt wundert sich Ratsherr Funke über den Sinneswandel der Mehrheitsgruppe. In der letzten Sitzung des Verwaltungsausschusses sowie in der ersten Abstimmung während der Ratssitzung wurde ihr Antrag auf Verlegung ins Tivoli mehrheitlich abgelehnt, in einer weiteren Abstimmung stimmten sie dann doch zu. Angesichts der Stimmung, sieht er sich nicht in der Lage am heutigen Abend angemessen zu beraten und plädiert nochmals für eine Verschiebung der Sitzung.

Aus Sicht des Bürgermeisters gelten hier die allgemeinen Grundsätze des Kommunalverfassungsrechts, da es nicht explizit im Gesetz bzw. in der Geschäftsordnung geregelt ist. Er sieht den mehrheitlichen Beschluss über die Verlegung des Sitzungsortes als rechtens an, da der Rat als Selbstverwaltungsorgan das Recht haben muss, selber über eine Verlegung des Ortes der Ratssitzung zu bestimmen. Die Ratsvorsitzende hat über den Antrag einmal abstimmen lassen, dann kam es zu einer Unterbrechung, anschließend gab es noch mal in derselben Sache eine Abstimmung, die zu einem anderen Ergebnis führte. Die von Herrn Funke angesprochene Regelung in § 5 Abs. 4 der Geschäftsordnung gilt ausschließlich für Sachanträge und nicht für Geschäftsordnungsanträge. Sie ist daher für die heute gestellten Anträge nicht anwendbar. Diese sind seines Erachtens daher rechtmäßig gefasst worden.

Stellv. Bürgermeister Chmielewski kann die Rechtsauffassung des Bürgermeisters nicht nachvollziehen und wird daher die Kommunalaufsicht in dieser Angelegenheit bemühen. Er spricht sich nochmals dafür aus, die Sitzung zu verlegen, da es seines Erachtens jetzt aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr möglich ist, das wichtige Thema Dangast in der notwendigen Breite zu diskutieren.

Ratsherr Eilers kann die Kritik der Ratsherren Funke und Chmielewski nicht nachvollziehen, mit dem erneuten Beschluss ist die Mehrheitsgruppe dem Antrag beider Fraktionen auf Verlegung ins Tivoli doch nachgekommen. Er entschuldigt sich nochmals, dass zunächst die nun offensichtlich falsche Entscheidung, im Ratsaal zu tagen, gefasst wurde. Die von den Ratsherren Funke und Chmielewski angeführten Gründe sind aus seiner Sicht rein taktisch. Er plädiert nochmals an alle, jetzt hier im Tivoli eine geordnete Sitzung abzuhalten.

Ratsherr Meinen hat den Eindruck, dass es eine bewusste und heute Abend fort-

gesetzte Strategie gibt, Beschlüsse zu verhindern. Er ist auf die kommunalrechtliche Prüfung gespannt. Ob sie das ordnungsgemäße Funktionieren eines demokratisch gewählten Organs der Stadt Varel höher bewerten, als dass jeder der den Saal betreten möchte dieses kann. Aus seiner Sicht wird hier eine Demontage der Ratssitzung angestrebt.

Von einigen Ratsmitgliedern wird die Polizeipräsenz vor dem Rathaus kritisiert.

Ratsherr Böcker bedauert den Ablauf der heutigen Sitzung und beantragt den Schluss der Debatte und die Fortsetzung in der Tagesordnung.

Ratsherr Eilers fordert die Bürger und die Opposition auf anzuerkennen, dass sie mit der Verlegung ins Tivoli ihren guten Willen gezeigt haben. Er hofft jetzt, dass eine sachliche Entscheidung möglich ist. Eine ausführliche Diskussion hat schon in den Ausschüssen und in den Sitzungen des Arbeitskreises stattgefunden. Heute müssen die Ratsmitglieder entscheiden, die 2011 von den Bürgern dafür in den Rat gewählt wurden. Bei der heutigen Entscheidung spielt das hohe Haushaltsdefizit und der Zuschussbedarf an den Eigenbetrieb Kurverwaltung Dangast eine entscheidende Rolle. Der Rat ist dabei verpflichtet, eine Entscheidung für ganz Varel und nicht nur für eine Ortschaft zu fällen. Eine Abwägung zwischen den einzelnen Interessen ist erforderlich.

Der Antrag des Ratsherrn Böcker auf Schluss der Debatte und Fortsetzung der Sitzung in der Tagesordnung wird mehrheitlich zugestimmt (21 Ja, 12 Nein).

2 Feststellung der Tagesordnung

Ratsvorsitzende Schneider stellt die Tagesordnung fest.

Auf Antrag des stellv. Bürgermeisters Chmielewski werden die Tagesordnungspunkte zu 5.4.1 – Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast einvernehmlich vorgezogen.

3 Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Rates vom 24.04.2013

Das Protokoll über die Sitzung des Rates der Stadt Varel vom 24.04.2013 wird einstimmig genehmigt.

4 Einwohnerfragestunde

Bürgermeister Wagner teilt mit, dass anliegender Fragenkatalog von Herrn Prof. Schwer eingereicht wurde und gibt auf die fünf Fragen folgende Antworten, wobei einige Details von der Komplexität her noch im persönlichen Gespräch mit Herrn Schwer besprochen werden müssen:

zu Frage 1:

Bezogen auf das Konzept von Herrn Taddigs wurden jährliche Einnahmewachse zwar berücksichtigt, aber nur sehr moderat einkalkuliert bzw. in manchen Bereich auch gar nicht eingerechnet. In wie weit die weiteren Konzept-Skizzen die-

ses berücksichtigen müsste, wenn heute ein Beschluss gefasst wird, mit den einzelnen Investoren besprochen werden. Bürgermeister Wagner wird dann mit ihnen entsprechend Kontakt aufnehmen.

zu Frage 2:

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt konnte noch nicht mit den möglichen Interessenten über konkrete Zahlen zur Risikovorsorge gesprochen werden. Kommt es zu konkreten Verhandlungen, ist es notwendig die Risikovorsorge zum Thema zu machen. Ziel der Verwaltung und der Ratsvertreter ist es, dass die Risikobetrachtung einen Einfluss nimmt auf die endgültige Entscheidung.

zu Frage 3:

Nach Auffassung des Bürgermeisters ist es ausgeschlossen, dass die Stadt die Gelder erst nach dem Vermarktungserfolg des Käufers erhält. Die Verhandlungen, sofern durch den Rat der Auftrag erteilt wird, werden so abgeschlossen, dass das Geld erst fließt, um dann auch die entsprechenden Investitionen parallel zu entwickeln.

zu Frage 4:

In diesem Zusammenhang weist Bürgermeister Wagner auf die Darstellung der Daten in den Ausschusssitzungen hin. Eine genaue Aufstellung wird die Kurverwaltung für Herrn Schweer zusammenstellen und ihm zukommen lassen.

zu Frage 5:

Die von Herrn Prof. Schweer aufgezeigten Fehler in der Rentabilitätsrechnung von Mai 2012 wurden in der neusten Sachlage bereits berücksichtigt. In der Kalkulation von Mehreinnahmen aus Kurbeiträgen in Höhe von ca. 100.000 € muss berücksichtigt werden, dass durch Herrn Prof. Schweer die alten Kurbeitragsbeiträge zu Grunde gelegt wurden. Der aktuelle Kurbeitrag beträgt 2 € für Erwachsene und 1 € für Kinder. Bei seiner Berechnung müssten daher Einnahmen in Höhe von 25 % fehlen.

Die Kalkulation der Kurverwaltung sieht keine 100 %ige Auslastung vor, sondern lediglich mit 180 Tagen eine 50 %ige Auslastung. Für den Bereich Hotels ist eine 55-60 %ige Auslastung üblich. Die von Herrn Prof. Schweer dargelegten Zahlen werden aber nochmals mit den vorhandenen verglichen und beim weiteren Verfahren gegebenenfalls als Alternative berücksichtigt.

Die von Herrn Prof. Schweer aufgezeigten Fehler in der Präsentation des Steuerbüros Peters werden nochmals geprüft und gegebenenfalls korrigiert.

Eine Einwohnerin der Gemeinde Friedeburg weist darauf hin, dass sie gerne die Ruhe und die Natur in Dangast nutzt. Sie fragt, wo in Varel noch natürlicher Erholungsraum zu finden ist, sowie wo, wann, wie und wofür Kompensationsflächen für die Bebauung der Sandkuhle in Dangast geschaffen werden.

Bürgermeister Wagner weist darauf hin, dass ringsum Varel noch sehr viele Erholungsgebiete vorhanden sind. Sollte es zu einer Bebauung der Sandkuhle kommen, greift das gesetzliche Verfahren zur Kompensation. Dann werden adäquate Kompensationsflächen geschaffen.

Eine Bürgerin äußert ihre maßlose Enttäuschung über die Ratsmitglieder, wie sie mit dem Willen der Bürger umgehen. Sie fragt alle einzelnen Ratsmitglieder, wer ihnen das Recht gibt, nicht auf den Bürgerwillen zu hören. Bürgermeister Wagner weist darauf hin, dass gem. § 17 Abs. 4 der Geschäftsordnung kein Fragerecht an alle Ratsmitglieder möglich ist. Daraufhin fragt die Bürgerin den Bürgermeister, was ihn davon abhält, die Entscheidung erst zu treffen, wenn wieder Ruhe um

das Thema eingekehrt ist und alle Risiken abgewogen wurden. Bürgermeister Wagner weist darauf hin, dass bei einem Defizit von 6 Mio. € im Jahr 2012 und einem Zuschussbedarf von über 1 Mio. € an den Eigenbetrieb Dangast eine klare Zielsetzung zum Sparen besteht. Dieses hat auch bereits die Kommunalaufsicht in ihrer Haushaltsgenehmigung gefordert. Da es jetzt wichtig ist, etwas zu bewegen, wurde Herr Taddigs als Restrukturierungsmanager vom Rat beauftragt, ein Konzept zu erstellen, um das Defizit in Dangast nachhaltig zu senken. Heute soll zunächst über das „ob“ entschieden werden, später folgt die Entscheidung über das „wie“. Aus Sicht des Bürgermeisters ist es ein Schritt in die richtige Richtung.

Eine Bürgerin, Mitglied der Grünen, fragt, wie der Eingriff in die Natur und die Landschaft durch die Bebauung der größten Grünfläche in Dangast ausgeglichen werden kann. Bürgermeister Wagner weist darauf hin, dass dafür klare gesetzliche Vorgaben bestehen. Diese Fragestellung kann erst dann entschieden werden, wenn feststeht, in wie weit eine Investitionslösung in dem Bereich zum tragen kommt.

Ein Bürger, Mitglied der Bürgerinitiative, bedauert, dass hier der Bürgerwille in höchster Form ignoriert wird. Aus seiner Sicht wird ein Juwel aufs Spiel gesetzt, welches einen hohen Eigenwert als Freifläche und Ruhepool hat. Die geplante Investition am Quellbad ist dem Risiko einer Sturmflut ausgesetzt, die voraussichtlich in den nächsten Jahren steigen wird. Er fragt, ob sich der Rat dessen bewusst ist. Seines Erachtens wird die Entscheidung für das Konzept Widerstand und viele Rechtstreitigkeiten nach sich ziehen, er bietet daher den Bürgern an zusammen mit ihm einen Rechtshilfefonds zu gründen.

Auf Nachfrage eines Bürgers, ob dem Bürgermeister der Wert der Wiese nicht bekannt ist, teilt Bürgermeister Wagner mit, dass der Wert der Fläche abhängig davon ist, welche Bebauung auf der Fläche zugelassen wird. Zurzeit ist die Fläche nicht überplant. Erst wenn adäquates Baurecht geschaffen wurde, kann der wirkliche Wert ermittelt werden. Die Höhe des Verkaufserlöses wird sich dann in den Verhandlungen mit möglichen Investoren ergeben. Untergrenze ist auf jeden Fall der Verkehrswert.

Auf Nachfrage einer Bürgerin teilt Bürgermeister Wagner mit, dass keine Verlegung des Hauptdeiches geplant ist, sondern nur eine Objektsicherung. Die Baumöglichkeit, inklusiv des Untergrundes, wurde adäquat geprüft. Die Anregung der Bürgerin sich aus dem Betrieb der Kuranlage zurückzuziehen und die Aufgaben Privaten zu übertragen nimmt Bürgermeister Wagner zur Kenntnis. Eine Überprüfung hat aber in der Vergangenheit ergeben, dass es zurzeit am besten ist, die Aufgaben durch einen Eigenbetrieb wahrzunehmen.

Bürgermeister Wagner erklärt nochmals, auf Nachfrage einer Bürgerin, dass heute über das „ob“ und noch nicht über das „wie“ entschieden wird. Das „ob“ setzt sich aus verschiedenen Projekten zusammen, die der Projektdarstellung zu entnehmen sind. Später wird dann beschlossen wie das Projekt umgesetzt werden kann.

Die Einwohnerfragestunde wird nach 30 Minuten geschlossen.

(TOP 5.4 wird vorgezogen)

5.4 Verwaltungsausschuss vom 13.06.2013

5.4.1 Betriebsausschuss für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast vom 06.06.2013

5.4.1.1 Feststellung des Jahresabschlusses des Eigenbetriebes Kurverwaltung Dangast für das Wirtschaftsjahr 2011 Vorlage: 224/2013

Beschluss:

Der Jahresabschluss des Eigenbetriebes Kurverwaltung Nordseebad Dangast zum 31.12.2011 wird wie folgt festgestellt:

a) in der Gesamtbilanz auf der Aktiv- und Passivseite mit je	6.738.849,35 €
b) in der Gewinn- und Verlustrechnung auf der Aufwandsseite mit	2.551.478,68 €
auf der Ertragsseite mit	1.543.322,49 €
und einem Jahresverlust in Höhe von	1.008.156,19 €

Der Jahresverlust 2011 in Höhe von 1.008.156,19 € wird dem Werkshaushalt des Eigenbetriebes aus dem Haushalt der Stadt Varel erstattet. Der Werkleitung wird für das Wirtschaftsjahr 2011 Entlastung erteilt.

Einstimmiger Beschluss

5.4.1.2 Feststellung des Jahresabschlusses des Eigenbetriebes Kurverwaltung Dangast für das Wirtschaftsjahr 2012 Vorlage: 215/2013

Beschluss:

Der Jahresabschluss des Eigenbetriebes Kurverwaltung Nordseebad Dangast zum 31.12.2012 wird wie folgt festgestellt:

c) in der Gesamtbilanz auf der Aktiv- und Passivseite mit je	6.634.791,19 €
d) in der Gewinn- und Verlustrechnung auf der Aufwandsseite mit	2.667.759,69 €
auf der Ertragsseite mit	1.756.617,07 €
und einem Jahresverlust in Höhe von	911.142,62 €

Der Jahresverlust 2012 in Höhe von 911.142,62 wird dem Werkshaushalt des Eigenbetriebes aus dem Haushalt der Stadt Varel erstattet. Der Werkleitung wird für das Wirtschaftsjahr 2012 Entlastung erteilt.

Einstimmiger Beschluss

Die Ratsherren Meinen und Rathkamp sind bei der Abstimmung abwesend.

5.4.1.3 Antrag des Kurvereins Dangast zur Erstellung eines Leitbildes für das Nordseebad Dangast Vorlage: 222/2013

Stellv. Bürgermeister Chmielewski kann nicht nachvollziehen, warum der Beschluss über die Entwicklung in Dangast beschlossen werden soll, ohne vorher ein Leitbild zu entwickeln. Diese Position hat die Fraktion MMW bereits 2005 vor der Auftragsvergabe für das Aqualon-Gutachten vertreten. Aus seiner Sicht ist es nicht sinnvoll ein Konzept in Auftrag zu geben bzw. darüber zu entscheiden, ohne sich vorher Gedanken darüber zu machen, welche Prioritäten gesetzt werden sollen. Die Fraktion MMW hält es für einen großen Fehler, vorher keine Leitbild-diskussion zu führen.

Ratsherr Funke weist darauf hin, dass man sich eine lange Diskussion um ein Leitbild hätte ersparen bzw. leichter hätte machen können, wenn man zur Kenntnis genommen hätte, was im Flächennutzungsplan von 2006 bereits steht. Im Flächennutzungsplan ist festgelegt, welche Entwicklung für Dangast gewollt ist und eine Orientierung vorgegeben. Eine weitere Grundlage für ein Leitbild hätte die Dorferneuerung sein können, der Arbeitskreis arbeitet schon lange an bestimmten Ausrichtungen. Der Dorferneuerungsplan zeigt deutlich auf, wie man sich eine Entwicklung in Dangast vorstellt. Es hätte auf der Hand gelegen, diesen Plan als Orientierung für Dangast zu nehmen, das wäre schon fast ein Leitbild gewesen.

Ratsherr Funke hält es jetzt für einen entscheidenden Fehler Beschlüsse zu fassen, ohne sich vorher damit auseinander zu setzen, wie es nachher aussehen soll. Aus seiner Sicht ist es unerlässlich zuvor ein Leitbild zu erstellen. Es wird angekündigt, einen Bebauungsplan aufzustellen, so dass später ein Erlös von 5 Mio. € zu erzielen ist. Zu bedenken sei, dass der gegenwärtige Preis für Bauland in Dangast bei 210 € liegt. Ratsherr Funke fragt daher, ob dieses realistisch sei? 1972 wurde ein Leitbild für Dangast erstellt, welches dann Grundlage für die kommenden Entscheidungen war. Damals gab es einen Entwicklungsplan, Ratsherr Funke fragt, warum es diesen heute nicht gibt, obwohl ein so starker Eingriff in das Gesamtbild von Dangast geplant ist.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Varel entwirft für die touristische Entwicklung in Dangast ein Leitbild, bevor weitere einschneidende Entscheidungen zur Entwicklung des Nordseebades Dangast getroffen werden.

Einstimmiger Beschluss dagegen

Ja: 12 Nein: 19 Enthaltungen: 2

5.4.1.4 Entwicklung des Nordseebades Dangast Vorlage: 223/2013

Ratsherr Boyken weist auf einen Fehler im Protokoll über die Sitzung des Betriebsausschusses für den Eigenbetrieb Kurverwaltung Nordseebad Dangast vom 06.06.2013 hin. In der Berechnung auf Seite 13 des Protokolls muss bei „Zuschuss Portal“ die Summe 2.750.000 € ausgewiesen werden, die 2 fehlt dort.

Die Fraktion MMW hat sich sehr intensiv mit dem Thema Entwicklung in Dangast beschäftigt. Aus ihrer Sicht enthält das vorstellte Konzept keine neuen Ideen und ist eigentlich nur das, über was bereits die letzten 15 Jahre diskutiert wurde. Schon häufiger ist versucht worden, Deichhörn zu verkaufen, bislang immer ohne Erfolg. In den letzten Jahren wurde versucht, durch kleine Schritte das Defizit in Dangast einzudämmen. Aus Sicht des stellv. Bürgermeisters Chmielewski wäre es richtig gewesen, damit fortzufahren, anstatt wieder ein großes Konzept zu entwickeln. Insbesondere deshalb weil schon das vor einigen Jahren entwickelte Aqualon-Gutachten für ca. 70.000 € ein Reinform war.

In dem Bereich des Quellbades muss die Stadt mit dem Risiko einer Sturmflut leben. Bereits bei dem Bau des Quellbades wurde eine ausreichende Sicherung mit einem Deich vergessen. Die jetzt geplante Deicherhöhung ist lediglich ein Behelf und bietet ein wenig mehr Sicherheit als zurzeit. Ein richtiger Schutz vor Sturmfluten ist er nicht und kann daher auch nicht als Rechtfertigung genommen werden, um in den Bereich weitere Investitionen zu tätigen. Obwohl die Gefahr bekannt ist, sollen hier Investitionen ins Watt gesetzt werden, ohne dass ein Deich Schutz bietet.

Das Weltnaturerbeportal mit der neuen Kurverwaltung soll ein Ersatzbau für die alte Kuranlage sein, obwohl dort gute Räumlichkeiten vorhanden sind. In den letzten 15 Jahren wurde nicht in die Kuranlage investiert. Damit entstand ein Investitionsstau von ca. 1,6 Mio. €. Diese werden jetzt als Grund dafür angeführt, dass die alte Kuranlage weg muss. Außerdem wird anscheinend in der Zukunft nur noch 1/3 der Fläche benötigt. Die Fraktion MMW hat alternativ vorgeschlagen, die alte Kuranlage mit minimalen Mitteln zu modernisieren, damit sie optisch und funktional wieder instand gesetzt ist. Eine energetische Sanierung ist wirtschaftlich nicht erforderlich. Dieses wurde abgelehnt, weil es Ziel ist, neu zu bauen. Ein Neubau würde keinen Kursaal mehr enthalten, dafür ist es geplant, Räumlichkeiten für einen gastronomischen Bereich zu verpachten. Stellv. Bürgermeister Chmielewski glaubt nicht, dass dort eine kostendeckende Pacht erzielt werden kann. Schon oft hat die Stadt in diesem Bereich Fehlentscheidungen getroffen. In den letzten Jahren wurde der Bereich der Sauna in Deichhörn aufgegeben. Nun soll im neuen Gebäude wieder eine Sauna errichtet werden. Stellv. Bürgermeister Chmielewski glaubt nicht, dass dieses viele Gäste anziehen wird. Zudem befürchtet er, dass ein Investor auf dem Gelände von Deichhörn selber eine Sauna errichtet und damit eigene Konkurrenz zugelassen wird. Er warnt davor, dass der Eigenbetrieb in diesen Bereich wieder selber einsteigt. Es ist nicht Aufgabe einer Stadtverwaltung einen solchen Betrieb zu führen, der sicherlich in öffentlicher Hand nicht betriebswirtschaftlich geführt werden kann.

Bezüglich des Deichbaues hat sich stellv. Bürgermeister Chmielewski selbst über die Gründung informiert. Seinen Informationen nach, ist ein sicherer Deich nicht für das eingeplante Geld zu bauen. Er befürchtet, dass der Bau nicht ausreichend vor Sturmfluten geschützt ist.

Für den Neubau am Quellbad benötigt die Stadt Geld. Dieses soll aus dem Verkauf der Grünfläche und der Kuranlage erzielt werden, um es dann in den Neubau zu investieren. Kommt dann eine Sturmflut, befürchtet stellv. Bürgermeister Chmielewski kann alles weg sein und Varel hat nur noch eine Bauruine. Aus seiner Sicht wird hier das Erbe der Kinder „verfrühstückt“.

Um festzustellen, ob überhaupt der ins Auge gefasste Erlös erzielt werden kann, sollte zunächst konkret mit den Investoren in Verhandlung getreten werden. Seines Erachtens kann ein Kaufpreis von 5 Mio. € nur erzielt werden, wenn hohes Bauen zugelassen wird. 700 neue Betten sind geplant, dieses kann Dangast aus Sicht des stellv. Bürgermeisters Chmielewski nur schwer verkraften.

Es wird gesagt, der Kurbetrieb wird für die Bürger in Dangast durch die Stadt Varel subventioniert. Wenn ein großer Investor kommt, wird es zu einem Verdrängungswettbewerb kommen. Die Entscheidung hemmt Investitionen bei den Privaten und führt vielleicht sogar dazu, dass diese aufgeben müssen. Wenn es aber nur noch einen großen Betrieb in Dangast gibt, lehnt es stellv. Bürgermeister Chmielewski ab, weiter Geld in den Kurbetrieb zu stecken.

Er plädiert dafür die Entscheidung nicht von den Fördergeldern abhängig zu machen, Fördergelder wird es immer wieder geben.

Für die Abstimmung beantragt die Fraktion MMW die geheime Abstimmung.

Stellv. Bürgermeister Chmielewski fordert die Ratsmitglieder auf, sich gegen den Beschlussvorschlag zu entscheiden, wenn man sich nicht ganz sicher ist.

Ratsherr Eilers weist darauf hin, dass angesichts der Schuldsituation der Stadt Varel jeder Ort und jedes Sachgebiet seinen Beitrag leisten muss. Es war Wahlaussage aller Fraktionen, dass es Ziel ist, das Defizit in Dangast zu senken.

Schon lange verursacht die Kuranlage Dangast ein hohes Defizit, 2006 erreichte dieses mit 1,6 Mio. € seinen Höhepunkt. Ein Defizit ist nur gerechtfertigt, wenn ein Gegenwert dahinter steht und dieses ist in Dangast nur bedingt der Fall. Daher hat sich der Rat auf die Suche nach Lösungsmöglichkeiten gemacht. Die medizinische Abteilung und das Solebad wurden geschlossen, da sie nicht mehr wirtschaftlich tragbar waren. Herr Taddigs wurde als Restrukturierungsmanager eingestellt, mit dem eindeutigen Auftrag Dangast zu entwickeln und das Defizit zu senken. Diese ersten Maßnahmen konnten das Defizit auf 900.000 € senken. Aber es war erforderlich über weitere Änderungen nachzudenken. Das von Herrn Taddigs vorstellte Konzept wurde intensiv geprüft, der gesamte Weg zur Entscheidungsfindung ist von allen nachverfolgbar.

Stellt man sich die Frage, was Dangast ist, ist die Antwort klar, ein Tourismusort. Dafür stehen das Quellbad, die Kuranlage und die große Anzahl von Ferienwohnungen. Sicherlich ist Dangast auch für viele ein Künstlerort. Allerdings ist dieses aus Sicht des Ratsherrn Eilers zwar ein besonderes Merkmal, aber nicht für den gesamten Tourismus tragfähig. Es sollte als Merkmal herausgestellt werden, aber es schließt den Tourismusort nicht aus. Die Bezeichnung Traditionsort passt dagegen aus Sicht des Ratsherrn Eilers nicht für Dangast, denn es wurde nicht immer ausschließlich auf das ursprüngliche gesetzt. Es muss daher Ziel sein, eine Entwicklung im Sinne des Tourismus zu fördern.

Die geplante Deichsicherung ist nicht nur für ein Neubauvorhaben, sondern auch für das Quellbad notwendig. Das Risiko einer Sturmflut nimmt in den nächsten Jahren zu. Die im Konzept vorgesehene Deichsicherung sorgt für eine 80jährige Sicherheitswahrscheinlichkeit.

Das Konzept sieht weiterhin viele Angebote für den Tourismus vor. Aus Sicht des Ratsherrn Eilers ist es notwendig diese Angebote zentral durch die Kurverwaltung zu organisieren. Es gibt gute Gründe, mit dem Weltnaturerbeportal, die Kurverwaltung an das Quellbad anzugliedern und in diesen Bereich auch eine Sauna zu bauen. Deichhorn hatte zwar auch eine Sauna, diese war aber nicht wettbewerbsfähig, eine Sauna gehört ans Bad. Ein Vergleich mit anderen Bädern hat gezeigt, dass der Saunabereich der Bereich ist, der bei einem Bad Überschüsse einbringt. Wichtig ist auch, dass die Tourismusingfo an einem zentralen Ort ist, dieses ist mit dem Weltnaturerbeportal gegeben. Für einen deutlichen Gewinn hält Ratsherr Eilers, die Aufnahme eines gastronomischen Bereichs mit Blick auf den Jadebusen, sowie den Bau einer Promenade. Insgesamt wurde der Entwurf von vielen

positiv bewertet, leider aber in der Presse häufig negativ dargestellt. Von einigen kam der Vorbehalt, dass das hohe Gebäude den Strand vollständig beschatten wird, dieses ist nicht der Fall.

Die weitere Entwicklung von Deichhörn und der Sandkuhle sollte mit privaten Investoren erfolgen. Dabei macht es Sinn, die Sandkuhle als Einheit zu bebauen. Die vorgestellten Entwürfe zeigen, dass der Parkgedanke sehr wohl bei einigen aufgenommen wurde. Insgesamt werden die geplanten Ferienwohnungen und Apartments einem höheren Preissegment angehören und stellen daher keine direkte Konkurrenz zu den vielen Ferienwohnungen in Dangast dar. Ratsherr Eilers betont, dass es nicht geplant ist, dort Bettenburgen zuzulassen.

Ratsherr Eilers weist darauf hin, dass der Rat nicht bereit ist, ein finanzielles Risiko einzugehen. Eine gesicherte Finanzierung muss gewährleistet sein und eine Zwischenfinanzierung durch die Stadt kommt nicht in Frage. Das durch den Verkauf von Deichhörn und der Sandkuhle freigesetzte Geld wird wieder in Dangast investiert. Die hohe Investition hat das Ziel den Tourismus in Dangast auf vernünftiger Art und Weise zu fördern.

Ratsherr Eilers weist darauf hin, dass für die Mehrheitsgruppe kein Fraktionszwang besteht.

Die SPD-Fraktion hat sich sehr lange mit diesem Thema beschäftigt. Es war eine schwierige Entscheidung. Ratsherr Bruns, sowie ein Großteil der Fraktion, wird heute dem Beschlussvorschlag über das „ob“ zustimmen. Damit kann der nächste Schritt kommen und das Projekt in die Planungsphase gehen. Dort wird sich vieles konkretisieren und auch zeigen, ob die Zahlen stimmen. Zu seinem Bedauern wird eine Zusammenarbeit abgelehnt, daher ist es auch zurzeit nicht möglich weitere Kompromisse zu finden. Die Argumente sind ausgetauscht, jetzt muss es zu einer Entscheidung kommen. Er bedauert, dass bereits jetzt rechtliche Schritte angedroht wurden, unabhängig davon, wie am Ende das konkrete Konzept aussieht.

In den Haushaltsberatungen musste in vielen Bereichen stark gekürzt werden. Ratsherr Bruns ist froh, dass jetzt hier die Chance besteht etwas nach vorne zu bringen und nicht nur zu kürzen. Die Alternative heißt für ihn, auf Dauer in Raten unattraktiv zu werden und das möchte er vermeiden. Dangast ist mit anderen Orten in Konkurrenzsituation, dieser muss sich Dangast stellen, daher ist Ratsherr Bruns für eine Weiterentwicklung in Dangast. Ziel ist es jetzt, mit dem geringsten Risiko, diese Entwicklung voran zu treiben.

Aus Sicht des Ratsherrn Böcker wurde bereits viel zu viel gesprochen, in den Ausschüssen und in den Arbeitskreissitzungen, jetzt muss gehandelt werden. Die Alternativvorschläge der Fraktion MMW und der Bürgerinitiative sind aus Sicht des Ratsherrn Böcker nicht schlüssig und werden von der Fraktion BBV abgelehnt. Die Fraktion BBV wird dem Beschluss zustimmen.

Ratsherr Funke wird mit allen gebotenen Mitteln - die ihm demokratisch zustehen – bekämpfen, was in Dangast geplant ist. Im letzten Frühjahr wurde es noch als Gerücht zurückgewiesen, nun soll es beschlossen werden. So wie mit den Bürgern umgegangen wurde, kann er gut verstehen, dass sie völlig enttäuscht sind. Er verweist auf das Aqualon-Entwicklungskonzept, welches aus seiner Sicht schon einige gute Ansätze aufzeigte. Einige Vorschläge daraus sind identisch mit dem Alternativvorschlag der Bürgerinitiative, wie z. B. die Herausstellung von Alleinstellungsmerkmalen wie der Jod-Sole-Quelle und der künstlerischen Tradition. Zwar hat es im Aqualon-Entwicklungskonzept auch bereits einen ersten Vorschlag mit Verkauf bzw. Abriss der alten Kuranlage und einem Verkauf einer Grundstücksfläche von ca. 3 ha gegeben, dieser Vorschlag wurde aber auf Wunsch der Stadt Varel wieder herausgenommen. Damals wurde die Auffassung

vertreten, der Kurmittelbetrieb sollte privatisiert werden. Eine Verpachtung mit dem Ziel des anschließenden Verkaufs wurde angestrebt. Leider konnte dafür keine Mehrheit im Rat gefunden werden. Aus Sicht des Ratscherrn Funke hat es damals viele Versäumnisse gegeben.

Ratscherr Funke verweist auf die gutachterliche Stellungnahme des Prof. Dr. Schmoll, der dort darlegt, dass ca. jährlich 1 Mio. € im Eigenbetrieb erwirtschaftet werden und sie ca. 1 Mio. € als Zuschuss erhalten. Darüber hinaus steht dort aber auch, dass in den letzten 10/12 Jahren ca. 12-15 Mio. € vom Haushalt der Stadt Varel in den Eigenbetrieb geflossen sind, diese aber auch durch viele Effekte wieder zurück an die Stadt gingen.

Ob alle Zahlen im Konzept des Kurdirektors Herrn Taddigs stimmen, kann Ratscherr Funke zurzeit nicht ersehen, aber insbesondere hat er Zweifel daran, dass eine Sauna einen Überschuss in Höhe von 165.000 € erwirtschaften kann.

Im Kern geht es aber nicht um die Zahlen, sondern darum, dass die Stadt eine Fläche für 5 Mio. € verkaufen möchte, die dann von Investoren bebaut werden soll. Dabei bestimmen die Investoren, was gebaut wird, denn sonst kann kein Erlös von 5 Mio. € erzielt werden. Mit der Zustimmung zu diesem Konzept, stimmt der Rat einer Vermehrung der Bettenzahl in Dangast um 30 % auf ca. 3.000 Betten zu. Prof. Dr. Schmoll hat in seiner Stellungnahme darauf hingewiesen, dass jetzt schon die Fremdenverkehrsintensität in Dangast gegenüber anderen Küstenorten, wie z. B. Carolinensiel, sehr hoch ist. Diese soll jetzt noch weiter erhöht werden. Die Verkehrsbelastung in Dangast ist jetzt schon enorm hoch. Durch seine halbinsulane Lage gibt es kaum Lösungen für das Verkehrsproblem. Man sollte aus Sicht des Ratscherrn Funke daher nicht dafür sorgen, dass noch zusätzlicher Verkehr in Dangast fließt. Dangast hat jetzt schon seine Grenzen erreicht. Daher sagt auch Prof. Dr. Schmoll, dass die maximale Neukapazität bei 500 Betten liegt. Der heute vorgeschlagene Beschluss geht aber darüber hinaus. Zu beachten ist auch, dass Prof. Dr. Schmoll eine Ankerfunktion prognostiziert und vermutet, dass durch die Verwirklichung des Konzeptes noch 10 % Wachstum bei den vorhandenen privaten Beherbergungsbetrieben stattfindet. Prof. Dr. Schmoll geht daher nicht von einem Verdrängungswettbewerb aus. Unter dieser Annahme und dem Grenzwert von max. 500 Betten, kann das Konzept, dass 700 Betten vorsieht, nicht befürwortet werden.

Als Grundlage der Finanzierung werden 180 Tage Übernachtung prognostiziert, im Durchschnitt sind es aber in Dangast nur 123 Tage. Allein dieses birgt bereits ein hohes Risiko, es kann daher nicht gesagt werden, das Konzept enthält keine Risiken.

1998, als das Quellbad gebaut wurde, sah ein erster Entwurf schon vieles im Schwimmbad direkt vor, was das Weltnaturerbeportal jetzt vorsieht, allerdings mit einem privaten Betreiber und ohne Flächenverkauf. Insgesamt sollte es ca. 20 Mio. DM kosten. Damals war es Ziel der SPD-Mehrheitsfraktion es einvernehmlich zu regeln. Dem Rat insgesamt waren die Kosten, trotz einer sehr günstigen Finanzierung durch das Land, zu hoch, so dass am Ende eine kleinere Version für 14 Mio. DM einvernehmlich gebaut wurde. Eine gemeinsame Tragfähigkeit sowie eine gewissen Scheu vor dem Risiko ist auch bei einer Investition solchen Ausmaßes aus Sicht des Ratscherrn Funke vernünftig. Das Schlimme an dem heutigen Konzept ist, dass dafür die Fläche mitten in Dangast hergegeben und ins Risiko geschickt werden soll. Das kann Ratscherr Funke nicht mitverantworten. Ratscherr Funke zitiert den folgenden Ausschnitt aus dem Bericht des Kommunalprüfungsamtes des Landesrechnungshofes zu den Zuschüssen des Landes zur Darlehensgewährung für die Modernisierung und Erweiterung des Quellbades 1998: „Die Bilanz des Eigenbetriebes für das Haushaltsjahr 2007 weist eine zweckgebundene Rücklage von insgesamt 2.258.800 € aus. Eine ertragswirksame Ausweisung als Sonderposten war unterblieben, weil die Bewilligungsbescheide in den Nebenbestimmungen eine unterschiedlich lange Zweckbindung

der hergestellten Anlagen für den öffentlichen Zweck enthielten. Nach Auffassung des Prüfungsamtes handelte es sich hierbei nicht um Kapitalzuflüsse, die dem Eigenbetrieb zur Stärkung der Eigenmittel gewährt wurden, sondern um investive Zuschüsse. Die Zuschüsse in einer Rücklage auszuweisen, die normalerweise aus dem Gewinn einer Einrichtung gebildet werden, einen eventuellen Verlust vorbeugen und somit das Eigenkapital der Einrichtung schützen soll, war nach Auffassung des Prüfungsamtes nicht geboten. Die Ausweisung der Zuschüsse als Sonderposten und damit die ertragswirksame Auflösung hätte zu einer Entlastung des Ergebnishaushaltes und damit auch zu einer Reduzierung des Zuschussbedarfs des Eigenbetriebes geführt“. Über diesen Punkt wurde nicht im Arbeitskreis diskutiert. 2001 wurde bereits darüber geredet, ob man nicht die Zuschüsse des Landes ertragswirksam einsetzen könnte. Das lehnte damals die zuständige Wirtschaftsprüferin ab. Wenn das Landesprüfungsamt jetzt diesen Vorschlag macht, sollte die Stadt ihn dringend prüfen. Ratsherr Funke schlägt vor, dieses im Rahmen des vorgeschlagenen Arbeitskreises Finanzen aufzunehmen. Über die Verwendung der Rücklage sollte gesprochen werden, vielleicht ist es möglich, den Investitionsstau in Höhe von 1,6 Mio. € bei der Kuranlage damit zu beseitigen, um anschließend Verwendungsmöglichkeiten für die Gebäude zu finden. Die Zeit Alternativen zu prüfen und Fragen, die sich noch auftun, abzuklären, sollte sich der Rat nehmen. Auch wenn heute der Beschluss gefasst werden sollte, muss er ja aus Sicht des Ratsherrn Funke nicht umgesetzt werden. Insbesondere dann nicht, wenn der Bürgerwille so deutlich dagegen ist.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird den Beschlussvorschlag über die Entwicklung in Dangast mittragen, obwohl zum Bedauern des Ratsherrn Langer die Basis der grünen Mitglieder in Varel sich dagegen ausgesprochen hat. Die Entscheidung für den Beschluss erfolgte nach einer ausführlichen Beschäftigung mit dem Thema und einem intensiven Abwägungsprozess. Kriterien für die Zustimmung sind 1. die Verantwortung für die gesamte Stadt Varel, 2. das hohe Haushaltsdefizit und der hohe Zuschussbedarf für Dangast, 3. das Konzept bietet aus Sicht des Ratsherrn Langer mehr Chancen als Risiken und 4., dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen intensiv im Arbeitskreis mitgearbeitet hat. In den letzten 20 Jahren hat es in Dangast viele Konzepte gegeben, es wurde viel geredet und viel wieder verworfen. Über die lange Zeit wurden Millionen in den Sand gesetzt, aber der Zuschussbedarf ist nicht kleiner geworden. Aus dem Grunde stimmt Ratsherr Langer dem jetzigen Konzept zu.

Ratsherr Boyken beantragt die namentliche Abstimmung.

Stellv. Bürgermeister Chmielewski wiederholt seinen Antrag auf geheime Abstimmung und erhofft sich dadurch, dass sich vielleicht das eine oder andere Ratsmitglied noch anders entscheidet.

Gem. § 14 Abs. 5 der Geschäftsordnung wird geheim abgestimmt, wenn von einem Drittel (11 Ratsmitglieder) der anwesenden Ratsmitglieder der Antrag gestellt wird. Auf Nachfrage der Ratsvorsitzenden Schneider unterstützen den Antrag auf geheime Abstimmung 6 Ratsmitglieder. Eine geheime Abstimmung erfolgt daher nicht.

Gem. § 14 Abs. 4 der Geschäftsordnung wird auf Antrag von mindestens einem Drittel der anwesenden Ratsmitglieder (11 Ratsmitglieder) namentlich abgestimmt. Den Antrag auf namentliche Abstimmung unterstützen auf Nachfrage der Ratsvorsitzenden Schneider mehr als 11 Ratsmitglieder. Damit wird namentlich abgestimmt.

Beschluss:

Zur nachhaltigen Entwicklung des Tourismusstandortes Dangast im Sinne des touristischen Gutachtens von Prof. Dr. Schmoll unter Zugrundelegung des sogenannten Taddigskonzeptes und einer damit einhergehenden avisierten Minderung des Zuschusses des Eigenbetriebes Dangast durch die Stadt Varel von mindestens 500.000 € auf einen Betrag von maximal jährlich 500.000 €, wird der Eigenbetrieb und die Verwaltung beauftragt, das folgendes Gesamtkonzept wie beschrieben umzusetzen:

*Projekt 1 - Deicherhöhung***Beschreibung:**

Der das Quellbad schützende sogenannte Sommerdeich wird im Sinne des Konzeptes Bröggelhoff ertüchtigt. Die Refinanzierung erfolgt aus Erlösen des Verkaufs unter Ziffer 3 und aus Förderungen im Zusammenhang der Erstellung einer Weltnaturpromenade.

Der Schutzdeich am Quellbad wird um ca. 1 Meter analog zum Alternativvorschlag Marusic´ erhöht. Diese Maßnahme zur nachhaltigen Sicherung des Quellbades mit einer statistischen Sicherheit für die nächsten 80 Jahre hat 1. Priorität.

Terminplanung:

- Umgehende Antragsstellung für die anteilige Förderung für die Weltnaturerbepromenade
- Beginn der Maßnahme in Abstimmung mit den beteiligten Behörden
- Terminplan sofort nach Zuschussbescheid (Winter 2013)
- Abschluss der Maßnahme vor der Saison 2014

*Projekt 2 – Bündelung der Tourismusfunktionen in einem Weltnaturerbeportal***Beschreibung:**

Nach den grundlegenden betriebswirtschaftlichen Analysen des Ingenieurbüros Kapels ist eine Sanierung der bisherigen Kuranlage unwirtschaftlich. Aus diesem Grund wird der Eigenbetrieb beauftragt, die unter Variante IV zusammengefassten Maßnahmen (Schaffung eines Anbaus an das jetzt bestehende Meerwasserquellbad als touristisch werbewirksames Alleinstellungsmerkmal) umzusetzen.

- Die Funktionen
- Kurverwaltung
- Touristinfo
- Veranstaltungsplanung
- Gästebetreuung
- Kinderbetreuung
- Kassen
- Kurbeitragsabrechnung
- Sauna

- Wellness
- Gesundheitsangebote
- Zugang Dangast Quellbad
- Zugang Strand

werden daher in einem hochwassergeschützt zu bauenden Weltnaturerbeportal am Quellbad zusammengezogen. Anträge auf Förderung (Land Niedersachsen und Landkreis Friesland) sind durch den Eigenbetrieb bis zum 15.08. zu stellen. Es ist ein Ingenieurbüro für eine ansprechende Planung zu beauftragen. Die Ergebnisse sind dem Rat der Stadt Varel vorzulegen.

Terminplanung:

- Fertigstellung einer antragsfähigen Planung bis zum 15.08.2013
- Zuschussantrag bis zum 31.08.2013
- Baubeginn umgehend nach Vorliegen des Zuschussbescheides
- Abschluss der Bauhauptarbeiten bis zum Saisonanfang 2014
- Fertigstellung der Maßnahmen bis zum 31.12.2014

Projekt 3 – Schaffung von Planungsrecht

Beschreibung:

Die Stadt Varel überplant die Flächen unter Ziffer 4 unter folgenden Rahmenbedingungen:

- Charakter / Gestaltung des Ortes muss erhalten bleiben (freie Zugänglichkeit)
- Gebäudehöhen sind an die vorhandenen Strukturen in Dangast anzupassen
- Baudichte / Grundstücksauslastung ist ortsbildtypisch zu berücksichtigen
- Verkehrliche Erschließung ist einzubeziehen
- Ökologische Bauweise ist als Standard festzuschreiben
- Öffentliche Verweilflächen (Wasserinstallationen, Kunsträume) sind vorzuhalten

Mit der Gestaltung der Rahmenbedingungen ist ein Erlös von mind. 5.0 Mio. € zu erzielen. Die Ausprägungen Kunst- und Kultur sowie die Steigerung der öffentlichen Nutzungsqualität ist einzuplanen. Die Veräußerung erfolgt unter den oben genannten Bedingungen.

Terminplanung:

Das Planungsverfahren ist umgehend einzuleiten.

Projekt 4 – Verkauf nicht mehr benötigter Flächen des Eigenbetriebes

Beschreibung:

Die Refinanzierung der o. g. Maßnahmen muss zwingend aus dem Bestand des

Eigenbetriebes erfolgen, da seitens der Stadt Varel kein finanzieller Ausgleich möglich ist. Durch die Bündelung der Funktionen am Meerwasserquellbad und der Tatsache, dass in der Vergangenheit die Fläche der Sandkuhle touristisch nicht optimal genutzt wurde, sind diese Flächen für eine dangastspezifische Überplanung verfügbar. Die Fläche der Sandkuhle und die Fläche der jetzigen Kuranlage werden daher überplant und meistbietend veräußert. Der Eigenbetrieb wird beauftragt, hierzu ein geeignetes Verfahren vorzubereiten, welches die bisherigen Interessenten einbindet. Für die betroffenen Grundstücke ist ein unabhängiges Wertgutachten zu erstellen. Festzuhalten ist ausdrücklich, dass die Einnahmen ausschließlich der touristischen Weiterentwicklung im Sinne der Ziffern 1 und 2 zufließen.

Terminplanung:

Das Verkaufsverfahren ist umgehend einzuleiten.

Projekt 5 – Begleitung der tourismusspezifischen Weiterentwicklung

Beschreibung:

Die bisherigen Diskussionen um die Weiterentwicklung des Standortes Dangast haben gezeigt, dass Positionen nicht zu einer Konsenslösung zusammengeführt werden konnten, weil die Auffassungen sehr konträrer Natur sind. Der Gesamtprozess ist aber insgesamt nicht aufzuhalten und stellt für sich betrachtet eine Weiterentwicklung des bisher Erreichten dar. Die Erfahrungswerte des Prozesses sollen daher im Rahmen einer wissenschaftlichen Begleitung der unter Titel 1 – 4 genannten Projekte durch die Jadehochschule Wilhelmshaven die Entwicklung von Parametern für die folgenden Teilbereiche darstellen und Grundlage der Weiterentwicklung zukünftiger Prozesse sein:

- a) Entwicklung der Grundlagen zur Erstellung eines touristischen Leitbildes
- b) Entwicklung eines Konzeptes einer zukunftsfähigen Verkehrsführung in Dangast
- c) Entwicklung einer Marketingstrategie für einen Kunst- und gesundheitsorientierten Tourismus unter Berücksichtigung der drei Hauptmerkmale (Säulen) des Nordseebades Dangast:
 - Kunst, Kult und Kultur
 - Gesundheit (Nordseeklima und Dangaster Sole)
 - Weltnaturerbe

Terminplanung:

Umgehende Aufnahme von Gesprächen für die Umsetzung einer wissenschaftlichen Begleitung mit der Jadehochschule.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 21 Nein: 12

Namentliche Abstimmung:

		Ja	Nein	Enthaltung
Biebricher	Sascha	X		
Böcker	Rudolf	X		

Boyken	Heinz Peter		X	
Brumund	Dirk	X		
Bruns	Jürgen	X		
Chmielewski	Iko		X	
Eilers	Hergen	X		
Dr. Engstler	Susanne	X		
Funke	Karl-Heinz		X	
Hinz	Christoph	X		
Kickler	Jörn		X	
Köhler	Bernd	X		
Kühne	Lars	X		
Langer	Walter	X		
Mahouachi	Abbes		X	
Meinen	Djure	X		
Müller	Alfred		X	
Nieraad	Peter	X		
Papen	Cornelia		X	
Ralle	Georg	X		
Rathkamp	Jürgen	X		
Recksiedler	Raimund	X		
Redeker	Bernd	X		
Schmidt	Sebastian	X		
Schneider	Hannelore	X		
Schuster	Ingrid		X	
Schwärmer	Steffen		X	
Dr. Seelig	Marko Alexander		X	
Toepler	Maren-Susann		X	
Vollmer	Elke	X		
Wagner	Gerd-Christian	X		
Weden	Jörg	X		
Weikert	Dorothea		X	
Summe		21	12	

Ratsvorsitzende Schneider unterbricht die Ratssitzung für eine Pause von 10 Minuten.

5.1 Verwaltungsausschuss vom 25.04.2013

Kein Tagesordnungspunkt

5.2 Verwaltungsausschuss vom 16.05.2013

5.2.1 Ausschuss für Bauen, Liegenschaften, Straßen und Verkehr vom 06.05.2013

5.2.1.1 **Widmung von Straßen; Einmündung von der B 437 zum Parkplatz Famila Vorlage: 178/2013**

Beschluss:

Nach § 6 des Niedersächsischen Straßengesetzes in der Fassung vom 24. September 1980 (Nds. GVBl. S. 359), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. Oktober 2009 (Nds. GVBl. S. 372), wird nachstehend aufgeführte Verkehrsanlage für den öffentlichen Verkehr gewidmet:

Einmündung von der B 437 zum Parkplatz Famila (A 377)

Länge der Straße: ca. 75 m

Die öffentliche Verkehrsanlage umfasst die Flurstücke 104/11 sowie teilweise das Flurstück 116/8 der Flur 3, Gemarkung Varel-Stadt

Anfangspunkt: Beginnend an der B 437 beim Flurstück 116/8 der Flur 3, Gemarkung Varel-Stadt

Endpunkt: Beim Parkplatz Schützenwiese / Einmündung zur Straße Alter Warf beim Flurstück 104/9 und 102/4 der Flur 3, Gemarkung Varel-Stadt

Die Nummer im Straßenbestandsverzeichnis lautet: A 377.

Träger der Straßenbaulast ist die Stadt Varel.

Einstimmiger Beschluss

Die Ratsherren Funke, Dr. Seelig und Eilers sind bei der Abstimmung abwesend.

5.3 **Verwaltungsausschuss vom 06.06.2013**

5.3.1 **Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport vom 13.05.2013**

5.3.1.1 **Satzung über die Festlegung der Schulbezirke der Grundschulen der Stadt Varel; Vorlage: 151/2013**

Die Fraktion MMW wird sich der Stimme enthalten, als Konsequenz aus ihrer Ablehnung der Schulschließungen.

Beschluss:

Die Einzugsbereiche der Grundschulen der Stadt Varel werden durch die dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport vom 13.05.2013 anliegende Satzung geregelt.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 23 Enthaltungen: 10

5.3.2 Ausschuss für Jugend, Familien und Soziales vom 14.05.2013

5.3.2.1 Abschluss eines Vertrages über die Zahlung von Betriebskostenzuschüssen für den Katholischen Kindergarten in Varel Vorlage: 184/2013

Beschluss:

Dem Abschluss des als Anhang zum Protokoll über die Sitzung des Verwaltungsausschusses vom 06.06.2013 beigefügten Vertrages zwischen der Stadt Varel und der Katholischen Kirchengemeinde Sankt Bonifatius Varel sowie der Römisch-Katholischen Kirche im Oldenburgischen Teil des Bistums Münster wird zugestimmt.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 22 Enthaltungen: 11

5.3.2.2 Durchführung der Aufgaben nach dem Betreuungsgeldgesetz Vorlage: 183/2013

Beschluss:

Die Stadt Varel beantragt bei der zuständigen Stelle die Übertragung der Aufgaben für die Gewährung des Betreuungsgeldes im Rahmen des Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetzes zum 01.08.2013.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 26 Enthaltungen: 7

5.3.2.3 Neubesetzung des Präventionsrates Vorlage: 185/2013

Beschluss:

Für den Bereich der Stadt Varel wird ein kommunaler Präventionsrat gegen Gewalt und Kriminalität gebildet. Die Aufgaben umfassen insbesondere die Aufarbeitung örtlicher Probleme sowie die Durchführung und Förderung von Projekten. Der Präventionsrat entscheidet über den Einsatz der vom Landkreis Friesland gewährten zweckgebundenen Mittel für die Wahrnehmung der Präventionsarbeit. Zur Mitarbeit aufgefordert werden

- der Erste Stadtrat der Stadt Varel als Vorsitzender des Präventionsrates (im Verhinderungsfall der Leiter des Fachbereichs Ordnung und Soziales),
- der Leiter des PK Varel als stellvertretender Vorsitzender,
- der Präventionsbeauftragte des PK Varel,
- ein Vertreter des Amtsgerichtes Varel,
- je ein Vertreter der Vareler Grundschulen und der weiterführenden Schulen in Varel,
- der Seniorenbeauftragte der Stadt Varel als Vertreter der älteren Genera-

tion,

- ein Mitarbeiter der Verwaltung als geschäftsführendes Mitglied,
- die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Varel.

Der Beschluss des Rates der Stadt Varel vom 11.12.1997 wird aufgehoben.

Einstimmiger Beschluss

5.3.3 Ausschuss für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 28.05.2013

5.3.3.1 Aufstellung von Kunstwerken im Bereich zwischen der Schützenwiese und der Innenstadt Vorlage: 206/2013

Ratsherr Funke spricht sich gegen einen Standort der Kunstwerke am Rathaus aus. Seiner Ansicht nach sollten die Fahnenmasten, als nationales Hoheitszeichen, wieder an ihren alten Standort aufgestellt werden.

Für Ratsfrau Dr. Engstler bilden die Kunstwerke einen Gegensatz zum Grau der Stadt und setzen ihm Farblichkeit und Fröhlichkeit entgegen. Kunst muss nicht von jedem gleichermaßen gemocht werden. Hier besteht eine Chance diese Figuren nach Varel zu holen, die sollte genutzt werden. Aus ihrer Sicht sind es schöne Figuren, die Varel ein positives Bild geben.

Ratsherr Müller wird diesem Beschluss nicht zustimmen, da ihm die vertragliche Regelung noch nicht bekannt ist. Insbesondere vermisst er eine Ausstiegsklausel, die vertraglich regelt, dass die Kunstwerke auch wieder entfernt werden dürfen, wenn sie nicht mehr gewollt sind. Bislang ist diese Frage für ihn noch nicht ausreichend geklärt.

Beschluss:

Die Stadt Varel begrüßt das am 26.03.2013 vorgestellte künstlerische Konzept von Michael Fischer-Art und erteilt dem Förderverein Kunst und Kultur das Mandat zur weiteren Umsetzung des Projektes zwischen der Schützenwiese und der Neuen Straße.

Die Stadt Varel stellt zur Errichtung der Kunstobjekte Teilflächen auf zwei Grundstücken (Flurstück 137/11 der Flur 3, Gemarkung Varel-Stadt/Grünfläche Spülteich und Flurstück 21/6 der Flur 14, Gemarkung Varel-Stadt/Rathausvorplatz) zur Verfügung.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Details der Errichtung der Kunstobjekte vertraglich zu vereinbaren.

Mehrheitlicher Beschluss

Ja: 27 Nein: 3 Enthaltungen: 3

**5.3.3.2 Bebauungsplan Nr. 164, 1. Änderung (Gewerbe- und Logistik Port) sowie 19. Änderung des Flächennutzungsplanes - Abwägung und Satzungsbeschluss
Vorlage: 204/2013**

Beschluss:

Die dem Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planung und Umweltschutz vom 28.05.2013 anliegenden Abwägungsvorschläge werden zum Beschluss erhoben. Der Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 164 nebst Begründung wird als Satzung beschlossen. Die 19. Änderung des Flächennutzungsplanes nebst Begründung wird festgestellt

Einstimmiger Beschluss

6 Mitteilungen des Bürgermeisters

Keine Mitteilungen des Bürgermeisters.

7 Anträge und Anfragen

Keine Anfragen und Anregungen.

Um 23:45 Uhr schließt Ratsvorsitzende Schneider die öffentliche Sitzung.

Zur Beglaubigung:

gez. Hannelore Schneider
(Vorsitzende/r)

gez. Gerd-Christian Wagner
(Bürgermeister)

gez. Marion Groß
(Protokollführer/in)